

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	37. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	25. April 2017, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

7.

Punkt 6 der Tagesordnung: Bebauungsplan „KIT Campus Süd/Adenauerring“, Karlsruhe-Oststadt:

Auslegungsbeschluss gemäß § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB)

Vorlage: 2017/0226

dazu:

Änderungsantrag: GRÜNE

Vorlage: 2017/0266

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt:

Auf Grundlage der gemäß §§ 3 und 4 Baugesetzbuch (BauGB) bereits erfolgten Verfahrensschritte ist das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes „KIT Campus Süd / Adenauerring“, Karlsruhe-Oststadt mit der Auslegung des Bebauungsplanentwurfs gemäß § 3 Abs. 2 BauGB fortzusetzen.

Der Auslegung ist grundsätzlich der Bebauungsplanentwurf vom 03.05.2016, in der Fassung vom 03.03.2017 zugrunde zu legen. Änderungen und Ergänzungen, die die Grundzüge der Planung nicht berühren, kann das Bürgermeisteramt noch in den Bebauungsplanentwurf aufnehmen und zu diesem Zweck ggf. die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfs wiederholen.

Abstimmungsergebnis:

Beschlussvorlag: Bei 46 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt

Änderungsantrag: Bei 18 Ja-Stimmen und 29 Nein-Stimmen abgelehnt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 6 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung:

Wir hatten uns verständigt, dass wir keinen Sachvortrag machen. Gleichzeitig rufe ich den Änderungsantrag der GRÜNEN zum Thema überdachte Fahrradständer auf.

Stadtrat Dr. Käuflein (CDU): Es geht heute um den Auslegungsbeschluss dieses Bebauungsplans. Meine Fraktion bleibt ihrer bisherigen Linie treu. Wir wollen dem KIT die Möglichkeit zu einer Erweiterung geben. Der Raumbedarf des KIT ist unbestritten, auch wenn es da und dort kritische Nachfragen gab. Es tritt der glückliche Umstand hinzu, dass die Klaus Tschira Stiftung sich für das KIT engagiert. Wir müssen bei diesem Bebauungsplan auch die Interessen der betroffenen Nachbarn berücksichtigen. Wir waren mit unserer Fraktion vor Ort, haben Gespräche geführt und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass im Sinne einer Abwägung die Veränderungen, die durch den Bebauungsplan ermöglicht werden, für die Nachbarn zumutbar sind.

Vielleicht eine grundsätzliche Bemerkung an der Stelle. Es gibt in einer Stadt oder überhaupt in einer Kommune kein Recht darauf, dass alles immer so bleibt wie es ist, dass es keine Veränderungen gibt. Eine Stadt verändert sich, eine Stadt wächst, eine Stadt lebt. Das müssen die Nachbarn an der Stelle akzeptieren.

Noch einmal: Die Veränderungen halten wir für zumutbar.

Ein Wort noch zum Botanischen Garten, weil der in der öffentlichen Diskussion eine Rolle gespielt hat. Es ist eine Entscheidung des KIT, diesen Botanischen Garten zu verlagern. Er wird nicht aufgegeben, sondern wird in veränderter Form an anderer Stelle weiter geführt. Insofern Zustimmung von meiner Fraktion zum Auslegungsbeschluss. Im Blick auf den vorliegenden Änderungsantrag folgen wir der Antwort der Verwaltung.

Stadtrat Zeh (SPD): Ich kann mich im Großen und Ganzen Herrn Dr. Käufleins Vortrag anschließen. Zunächst muss man festhalten, wir haben 2015 im Planungsausschuss den Aufstellungsbeschluss gefasst. Jetzt, nach eineinhalb Jahren, kommt erst der Auslegungsbeschluss. Es hat während der Zeit sehr viel Diskussion stattgefunden. Es gab auch wesentliche Veränderungen. Zum einen hat sich der Abstand der Gebäude von der bisherigen Bebauung deutlich in Richtung Adenauerring verlagert, so dass insgesamt ein 15 m breiter Grünstreifen entsteht. Zweitens hat auch das Denkmalamt eingegriffen, das Studentenwohnheim und das ehemalige Schwesternwohnheim als Denkmal zu erhalten. Auch das hat zu Änderungen geführt. Zum dritten sind verschiedene Höhen noch deutlich heruntergenommen worden. Es gab eine sehr große öffentliche Beteiligung. Dass dreimal eine öffentliche Anhörung stattfindet, dass andere Gespräche stattfanden, dass die Universität bereit war, sich den Gesprächen zu stellen, so eine intensive Beteiligung der Bürger im Vorfeld eines Auslegungsbeschlusses habe ich noch nie erlebt. Das muss man ganz klar sagen. Aber man kann es auch nicht allen Bürgern immer Recht machen.

Ich muss auch ganz klar sagen, der Adenauerring ist eine wichtige Verkehrsachse. Wenn man die umliegenden Gebäude betrachtet - zum einen die Universitätsbibliothek, aber auch am Durlacher Tor die Gebäude oder auch, wenn man weiter nach hinten geht ins KIT, sitzt da das Institut für Informatik und Bauingenieurwesen -, sind diese Gebäude alle höher als drei- oder gar nur zweigeschossig. Wir als SPD-Fraktion hätten an dieser Stelle auch einer deutlich höheren Dichte, d. h. einer deutlich höheren GFZ zugestimmt. Wenn wir heute bei Punkt 12 sind, weiß man, wir suchen permanent Flächen. Wir kämpfen auch um Nachverdichtung. Das wäre durchaus ein Gebiet gewesen, was man mit einer deutlich höheren Dichte hätte bebauen können.

Wir machen als Bebauungsplan nur ein Angebot. Wir wissen auch – das wurde schon erwähnt -, die mittleren drei Baublocks werden bald bebaut werden, während der Botanische Garten noch eine ganze Weile erhalten bleibt, bis das Land das Geld hat, das Botanische Institut und den Garten zu verlagern. Erst dann gibt es auch dort eine sehr schonende Bebauung.

Wichtig ist, die Raumnot der Universität ist schon angesprochen. Das Wiwi-Gebäude ist wegen Asbest gesperrt. Es sind gegenüber auf der Kaiserstraße sehr viele Gebäude angemietet. Die Universität braucht zusätzliche Räume. Sie wächst auch weiter. Deshalb ist jetzt die adäquate Flächennutzung, die im Flächennutzungsplan für die Universität zur Verfügung steht, sinnvoll, damit die Campus-Universität Karlsruhe erhalten bleibt. Wir stimmen dieser Auslegung zu.

Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE): Hochschulen, vor allen Dingen Universitäten, sind eine der herausragenden Standortfaktoren von Städten. Die Städte wachsen, die Hochschulen aufweisen. Nicht nur deswegen ist das KIT eine ausgesprochen wichtige Einrichtung dieser Stadt. Wir fühlen uns dementsprechend dieser Einrichtung auch sehr verbunden. Wir sehen, dass das KIT sich weiterentwickeln möchte und diese Flächen dafür benötigt. Wir möchten sie gerne unterstützen.

Das Gebiet war schon immer als Erweiterungsfläche vorgesehen. Nun wird das im Bebauungsplan folgerichtig als Sondergebiet mit enger universitärer Nutzungsausrichtung definiert. Seit wir uns das erste Mal damit beschäftigt haben, ist tatsächlich viel geschehen. Das haben die Kollegen schon gesagt. Dieses Geschehen ist letzten Endes schon auch darauf zurückzuführen, dass die Bürger sich so stark eingebracht haben. Wir haben sicherlich nicht damit gerechnet, dass es in dieser Intensität erfolgt. Aber letzten Endes glaube ich, dass es sogar zu einem positiven Ergebnis geführt hat, dass es dem Prozess und dem Ergebnis wirklich auch gut getan hat. Ich kann mich dem nicht ganz anschließen, was der Kollege jetzt gesagt hat. Ich denke, eine akzentuierte Gestaltung des Eingangs in die Stadt hinein aus dem Wald, halten wir für angebracht. Wir halten es auch für richtig, dass die Bebauung weniger dicht ist und sich gegenüber den Anwohnern zurückhält. Zusätzlich ist noch geschehen, dass es Ersatzflächen für den Botanischen Garten gab, dass die Pflanzen, die dort untergebracht sind, auch in ihrem Erhalt gesichert sind. Das ist vielen Bürgerinnen und Bürgern wichtig. Die neuen Gewächshäuser werden auch der Öffentlichkeit zugänglich sein, wie uns neulich noch einmal versichert wurde. Es wurden auch ganz innovative Konzepte entwickelt, ein Regenwasserkonzept für klimaangepasste Stadtentwicklung. Ich bin auch sehr gespannt darauf, was uns erwarten wird, wenn die Freianlage gestaltet wird. Auch dies wird letzten Endes in einem konkurrierenden Workshop-Verfahren stattfinden unter Beteiligung der Öffentlichkeit. Auch das ist etwas, was sicherlich u. a. dadurch gereift ist, dass die Bürger sich so eingebracht haben.

Bedauerlich finden wir nach wie vor, dass es keine Mehrfachbeauftragung für den ersten Bauabschnitt, die Tschira-Gebäude, gibt. Wir weichen da doch sehr häufig von dieser Maßgabe, die die Stadt sich selbst auferlegt hat, ab. Da sollten wir einfach auch schauen, dass das nicht die Regel wird.

Für den zweiten Bauabschnitt ist ein Architekturwettbewerb vorgesehen. Da sollte es auch ausreichend Bürgerbeteiligung geben. Dass die Bürger nach wie vor nicht zufrieden sind, liegt auch daran, dass nicht alles positiv ist. Es wird etwas mehr Verschattung geben. Aber wir denken, das ist noch im Rahmen. Worüber ich mich richtig freuen würde, wenn ich da wohnen würde, ist, dass es auch sehr viel weniger Lärm geben wird. Was da an Lärm abgeriegelt wird durch die Schaffung dieser Gebäude, ist doch sehr erheblich. Der Verkehr im Straßennetz der Umgebung wird wenig betroffen sein. In der Regel wird eine Universität mit dem ÖPNV und dem Rad angefahren.

Zum Rad haben wir auch einen Antrag gestellt. In der Stadt, wo Fahrräder ein, zwei Stunden stehen, weil die Leute einen Einkauf tätigen, halten wir es für hinnehmbar, wenn die nicht überdacht sind. Aber an einem Arbeitsplatz, wo ein Rad dann auch 10 Stunden steht, sollte schon die Möglichkeit bestehen, dass die Räder von Regen geschützt sind. Deswegen wünschen wir uns nicht nur zwischen den Gebäuden sondern auch auf der Stirnseite eine Überdachung und folgen damit nur dem, was die Landesbehörde Vermögen und Bau gesagt hat. Sie kann die restriktive Haltung der Stadt nicht nachvollziehen. Wir können das auch nicht und würden uns wünschen, wenn die Stadt etwas beweglicher wäre.

Kritik wurde auch von der Öffentlichkeit geäußert, dass die Nutzung möglicherweise doch viele Ausnahmen zulässt. Da plädieren wir an die Verantwortlichen, in dem Falle die Ausnahmeregelung eng zu fassen. Das studentische Wohnen ist uns sehr wichtig. Das haben wir auch schon öfters gesagt. Da hoffen wir, dass das Gebäude, das dafür vorgesehen ist, tatsächlich auch dahingehend irgendwann gebaut wird und dafür genutzt wird.

Insgesamt haben der Prozess und die Beteiligung dem Plan gut getan. So danken wir den Bürgerinnen und Bürgern für ihre kritischen Einwendungen, den Kollegen im Landtag, die diese Einwendungen aufgegriffen und vorangetrieben haben, der Stadtverwaltung und den Ministerien, die auf die wechselnden Bedarf eingingen. Wir danken dem KIT, das sich den vielen Einwendungen gegenüber offen gezeigt hat und sich um Lösungen bemüht hat.

Stadtrat Cramer (KULT): Ich denke, es ist hier im Hause unstrittig, dass das KIT Erweiterungsbauten braucht. Von daher ist es sicher richtig, dass dort jetzt neue Gebäude für die Universität entstehen. Trotzdem wird meine Fraktion heute mehrheitlich diesem Antrag nicht zustimmen. Wir wollen damit noch einmal signalisieren, dass für uns ein ganz wichtiger Punkt überhaupt nicht zur Debatte stand, überhaupt nicht aufgenommen wurde. Dass kein städtebaulicher Wettbewerb durchgeführt wird, wurde aus den Reihen der SPD so abgetan, einem geschenkten Gaul schaut man nicht ins Maul. Man hätte zu seinen eigenen Beschlüssen, seinen grundsätzlichen Vorgehensweisen, stehen müssen, dass die Stadt und vor allem das zuständige Baudezernat und das Stadtplanungsamt aus ihrer fachlichen Sicht darauf bestehen, dass dort ein Wettbewerb stattfindet. Frau Kollegin Dr. Leidig, Sie hofften, dass das nur ein Einzelfall ist. Wir wissen, es ist kein Einzelfall mehr. Ich sehe es eher so, dass es verstärkt die Tendenz vor allem hier im Rathaus ist. Aber es wird auch mehrheitlich mitgetragen im Gemeinderat. Sobald ein Großinvestor irgendwo auftritt, blinken bei Ihnen nur noch die Dollarzeichen im Auge. Dann wird alles, was stadtplanerisch, was stadtbildprägend notwendig ist, einfach ver-

gessen. Von daher werden wir, wie gesagt, dieser Vorlage heute mehrheitlich nicht zustimmen können.

Stadtrat Høyem (FDP): Wir haben das letzte Mal eine lange und detaillierte Debatte über dieses Thema geführt. Ich sehe keinen Grund, dass wir das jetzt wiederholen. Wir stimmen zu.

Der Vorsitzende: Mir ist noch einmal wichtig, Herr Stadtrat Cramer, dass sich die Verwaltung das auch nicht leicht macht. Aber es gab hier ganz klar die Ansage des KIT, wir haben mit diesem Investor die Möglichkeit, benötigte zusätzliche Räumlichkeiten entlang des Adenauerrings zu schaffen in den nächsten Jahren. Wenn wir darauf warten, bis diese anerkannten Bedarfe über Landesmittel finanziert werden, dann werden wir wahrscheinlich in den nächsten 10 bis 15 Jahren nicht soweit sein. Insofern haben wir diese Chance. Ich war bei den Gesprächen dabei. An dieser Stelle ist – das hat die Tschira Stiftung an anderer Stelle auch schon gemacht – sie nur bereit, in ein solches Invest einzusteigen, wenn sie auch mit dem von ihnen ausgewählten Architekten tätig sein kann. Ich gestehe Ihnen zu, dass wir zunehmend Schwierigkeiten bekommen, diese Regeln, die wir uns selbst auferlegt haben, aufrecht zu erhalten, weil es immer andere und auch gewichtige Tatbestände gibt, in einem weiteren Fall davon abzuweichen. Aber ich sehe hier im Gemeinderat nach wie vor eine übergroße Mehrheit, die eigentlich an dieser Regel festhalten will. Wir werden gemeinsam dafür sorgen müssen, dass das auch nach draußen glaubhaft wahrgenommen wird.

Ich möchte auch ausdrückliche all denen danken, die an dem Prozess beteiligt waren. Ich möchte auch noch einmal darauf hinweisen, dass die Emotionalität der Diskussion zum Teil auch etwas mit der öffentlichen Begleitung durch die Medien zu tun hat. Wenn man sich diese Brachflächen anschaut und dann in den Medien liest, dass der Hardtwald angeknabbert wird und dass jetzt endlich einmal Schluss sein muss, wenn auch die Medien den Eindruck aufrecht erhalten, wir könnten durch einen Bebauungsplan den Botanischen Garten schützen, oder wenn die Medien partout nicht deutlich machen, dass es eine Landesentscheidung ist, ob man den Botanischen Garten hier oder an anderer Stelle wirtschaftlich betreiben möchte und auch die entsprechende Notiz des Landesrechnungshofs, der alle Botanischen Gärten im Land untersucht und festgestellt hat, dass eine Sanierung auf dem Gelände überhaupt nicht wirtschaftlich ist und man im Grunde der Landesregierung sehr vehement nahelegt, an dieser Stelle nicht in die Sanierung einzusteigen, dann wird auch durch eine solche Art, in der öffentlichen Debatte damit umzugehen, der Eindruck erweckt, der Gemeinderat der Stadt Karlsruhe könnte hier mal eben über einen Bebauungsplan einen Botanischen Garten erhalten oder es würde – wie gesagt – der Hardtwald verkleinert oder was auch immer. Nichts von alledem ist richtig. Wir haben es hier mit einer Brachfläche in zentraler Lage zu tun. Es gibt kein Recht auf den unverbaubaren Blick und schon gar nicht in zentraler Lage in einer Großstadt. Hier werden jetzt die Abstandsflächen sogar in einem größeren Ausmaß eingehalten. Es wird nicht so hoch gebaut. Ich glaube, dass wir uns darüber irgendwann noch ärgern werden. Aber es ist jetzt so, wie es ist. Von daher kann man jetzt diesem hier wirklichen mit gutem Gewissen zustimmen. Es ist eine wirklich gute Fortentwicklung des Campus-Geländes und der Stadt insgesamt.

Ich möchte ausdrücklich auch noch einmal darauf hinweisen, dass die dahinter liegende Wohnbebauung vom doch zunehmenden Lärm des Adenauerrings auch diese Bebauung stärker geschützt wird, als das im Moment der Fall ist. Ich finde es auch sehr positiv, dass das KIT zugesagt hat, in einem Workshop, an dem auch die Nachbarinnen und Nachbarn teilnehmen können, die Gestaltung dieses Grünstreifens gemeinsam anzugehen, und dass man in diesen Grünstreifen durchaus Pflanzungen des Botanischen Gartens integrieren möchte, die man an dem neuen Standort, weil dort die Fläche nicht so groß ist, nicht in diesem Maße umsetzen könnte. Ich glaube, wir können alle ganz gespannt sein, was bei diesem Workshop im Sommer herauskommt.

Der Änderungsantrag der GRÜNEN möchte sicherstellen, dass auch überdachte Fahrradstellplätze zugelassen werden. Wir hatten gestern im Ältestenrat signalisiert, dass wir uns das auch gut vorstellen können. Dann streichen wir einfach nur eine entsprechende Passage. Bei der etwas detaillierteren Betrachtung haben wir festgestellt, dass überdachte Stellplätze auch heute schon möglich sind durch das, was wir Ihnen heute vorschlagen, außer entlang der Straße, wo es andere Nutzung gibt. Insofern würden wir unsere entsprechende Formulierung für ausreichend halten. Nur noch einmal zur Erläuterung an diejenigen, die die Diskussion gestern im Ältestenrat nicht mitbekommen haben.

Dann können wir in die Abarbeitung der Anträge kommen. Ich rufe zunächst den Änderungsantrag der GRÜNEN auf. – Der Änderungsantrag ist abgelehnt. Dennoch, ich hatte darauf hingewiesen, wird es überdachte Stellplätze geben können bis auf einige Einschränkungen.

Dann kommen wir damit zur unveränderten Vorlage der Verwaltung, Bebauungsplan Auslegungsbeschluss. – Das ist eine übergroße Mehrheit. Damit ist dieses Projekt sich doch einer breiten Unterstützung sicher.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten
10. Mai 2017